

Niederschrift

über die 9. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Schortens

Sitzungstag: Donnerstag, 13.12.2012
Sitzungsort: Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1
Sitzungsdauer: 18:00 Uhr bis 20:15 Uhr

Anwesend sind:

Bürgermeister
Gerhard Böhling

Ratsmitglieder:

Heide Bastrop, Anne Bödecker, Udo Borkenstein, Manfred Buß, Peter Eggerichs, Thomas Eggers, Michael Fischer, Horst-Dieter Freygang, Martin von Heynitz, Horst Herckelrath, Axel Homfeldt, Bernhard Jongebloed, Janto Just, Kirsten Kaderhandt, Elena Kloß, Dieter Köhn, Anne Krüger, Dörthe Kujath, Thomas Labeschautzki, Hans Müller, Joachim Müller, Sandra Muschke, Heinrich Ostendorf, Wolfgang Ottens, Susanne Riemer, Elfriede Schwitters, Frank Michael Stubenhöfer, Melanie Sudholz, Frank Vehoff, Andrea Wilbers, Karl Zabel

Von der Verwaltung nehmen teil:

StD Anja Müller
StOAR Elke Idel
BOAR Theodor Kramer
VA Uta Bohlen-Janßen
VA Heide Schröder-Ward
StAR Andreas Stamer
StA Maren Hinrichs
VA Ingrid Eggers

Es fehlen:

RM Prof. Dr. Hans Günter Appel (entschuldigt)
RM Anja Kindo (unentschuldigt)
RM Ralf Thiesing (entschuldigt)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

RV Fischer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Anschließend weist er darauf hin, dass die von Herrn Schwitters in einer der letzten Ratssitzungen geäußerte Anregung, wieder einmal eine Ratssitzung in plattdeutscher Sprache durchzuführen, zur Beratung an den Verwaltungsausschuss verwiesen wurde.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

RV Fischer stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

3. Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil

Auf Wunsch des RM Riemer, Vorsitzende des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses, wird die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte 10.2 „*Änderung der Entgeltordnung für den Bereich der Kindertagesstätten sowie Einführung einer Entgeltordnung für den Krippenbereich ab 01.08.2013*“ und Tagesordnungspunkt 10.1 „*Änderung der Entgeltordnung für die Randbetreuung an Grundschulen ab 01.08.2013*“ getauscht.

Die Tagesordnung wird mit der vorgenannten Änderung festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 08.11.2012 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen geäußert.

6. Bericht des Bürgermeisters

6.1. Arbeitsaufnahme Freizeitbad-Ausschuss

Der Rat hat in der letzten Sitzung am 08.11.2012 die Einrichtung eines Freizeitbad-Ausschusses beschlossen. Der Ausschuss hat am 11. Dezember 2012 seine Arbeit aufgenommen und sich u. a. mit dem in der Sitzung des Rates am 18. Oktober beauftragten Wärmekonzept befasst. Die Verwaltung wird bis zur nächsten Sitzung am 09.01.2013 die Vorschläge untersuchen und dem Ausschuss zur Beratung vorlegen.

Das Wärmekonzept soll nach entsprechender Genehmigung in die Planung für die Sanierung und Erweiterung des Bades aufgenommen werden.

Aufgrund der Höhe der Gesamtinvestition von insgesamt 6 Mio. Euro ist eine europaweite Ausschreibung erforderlich. Um dieses rechtssicher abzuwickeln, wurde das Rechtsanwaltsbüro GVP infraconsult, Bremen, mit der entsprechenden Durchführung beauftragt.

6.2. JadeWeserPark

Im interkommunalen Industrie- und Gewerbegebiet „JadeWeserPark“ hat als erstes Unternehmen der Versanddienstleister „Hermes“ am 26. November 2012 den Betrieb aufgenommen. Eine offizielle Einweihung soll im kommenden Frühjahr erfolgen.

Die Planungen für die Lebensmittelfabrik laufen weiterhin planmäßig. Die Baugenehmigung wird für Februar/März nächsten Jahres erwartet. Daran anschließend soll in ca. 2 ½-jähriger Bauzeit die Lebensmittelfabrik mit einem Investitionsvolumen von über 300 Mio. Euro errichtet werden.

Sowohl Hermes als auch die Lebensmittelfabrik siedeln im 1. Bauabschnitt des Industrie- und Gewerbegebietes an.

Die Bauabschnitte 2 und 3 – mit einer Gesamtfläche von ca. 30 ha – werden im kommenden Jahr erschlossen.

6.3. Potentialflächenanalyse für Windenergieflächen

Die vom Planungsbüro Diekmann und Mosebach vorgestellte Windpotentialstudie wurde im Verwaltungsausschuss anerkannt. Im Ergebnis haben sich vorerst folgende Eignungsflächen im Stadtgebiet herausgestellt:

Der bestehende Windpark Ostiem mit 49,9 ha, der Standort Moorsum mit 19,2 ha und der Standort Groß Connhausen mit 2,4 ha.

Im Anschluss an dieses Verfahren sind nunmehr die Anregungen der Fachbehörden und der Träger öffentlicher Belange (informelles Verfahren) einzuholen. Das Endergebnis des Standortkonzeptes „Windenergieflächen“ soll dann im nächsten Jahr erneut zur Beratung in den politischen Gremien vorgestellt werden.

6.4. Vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 22 „Brumidik“

Nachdem der Aufstellungsbeschluss für das o. g. Änderungsverfahren im August dieses Jahres gefasst wurde, konnte das Bauleitplanverfahren in Form der frühzeitigen Bürgerbeteiligung und frühzeitigen Benachrichtigung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange in der Zeit vom 26.11. bis 07.12.2012 eingeleitet werden.

Neben der ortsüblichen Bekanntmachung wurden die betroffenen Nachbarn darüber hinaus schriftlich informiert und hatten Gelegenheit, Bedenken zu äußern. Dadurch soll die Ansiedlung eines Wohnhauses zum betreuten Wohnen mit ca. 12 Wohneinheiten ermöglicht werden. Ein städtebaulicher Vertrag wurde hierzu mit der WI Wertimmobilien, Oldenburg, abgeschlossen. Anfang des nächsten Jahres soll dann über die öffentliche Auslegung gemäß dem Baugesetzbuch beraten werden.

6.5. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 13 a „Sondergebiet Möbelmarkt“

Im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a Baugesetzbuch wurde die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange in der Zeit vom 24.10. bis 23.11.2012

durchgeführt.

Mit der Änderung soll die Ansiedlung eines Baumarktes mit einer Verkaufsfläche von max. 800 m² als kleinflächiger Einzelhandel im Objekt „Möbel Harms“ planungsrechtlich ermöglicht werden. Zum Schutz des zentralen Versorgungsbereiches werden zentren- und nahversorgungsrelevante Sortimente der Sortimentsliste aus dem Einzelhandelskonzept für das Sondergebiet „Möbelmarkt“ ausgeschlossen.

Heute hat der Eigentümer des Gebäudes, Herr Harms, bestätigt, dass vorbehaltlich der Änderung des Bebauungsplanes ein Mietvertrag mit dem Baumarktbetreiber „Sonderpostenbaumarkt“ ab dem 01.02.2013 abgeschlossen worden ist.

- 6.6. Zu den Baumaßnahmen ist Folgendes zu berichten:
Die Baumkontrolle an allen Straßen ist ausgeführt, die Arbeiten am Lichtraumprofil werden zurzeit durchgeführt.

Die Sanierung des Regenwasserkanals Fehmarnstraße (1. Bauabschnitt) ist zu ca. 90 % fertig gestellt und die Erneuerung Pumpwerk Heinrich-Tönjes-Straße ist abgeschlossen.

Radwegeplanung Sillenstede - Sengwarden (Landesstraße 807):
Der Entwurf für die Radwegeplanung Sillenstede – Sengwarden wird am 20.12.2012 öffentlich vorgestellt. Im Anschluss erfolgen eine Anliegerbeteiligung und dann das Planfeststellungsverfahren. Die Realisierung wird konkret von der Bereitstellung von Landesmitteln abhängen.

Die Sanierung eines Teilstückes des Regenwasser- und Schmutzwasserkanals Oldenburger Straße ist zu ca. 35 % fertig gestellt. Der späte Baubeginn war erforderlich, da die vorzunehmende Querung der B 210 erst nach Inbetriebnahme der neuen Umgehungsstraße erfolgen kann.

Nach Vorstellung der Planung des Mitfahrerparkplatzes am neuen Kreisverkehr in der letzten Sitzung des Planungsausschusses wurde der Antrag auf Planverzicht beim Landkreis eingereicht. Nach Genehmigung des Planverzichtes wird die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Aurich, um Herstellung des Parkplatzes gebeten. Das wird – je nach Wetterlage – relativ kurzfristig der Fall sein können. Nach wie vor kann der Mitfahrerparkplatz gegenüber der Nordfrostzentrale genutzt werden.

7. Vorlage des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 14.11.2012
- 7.1. Haushalt 2013, Investitionsprogramm und Haushaltssicherungskonzept, Abschlussbericht Bürgerhaushalt **SV-Nr. 11//0488**
StOAR Idel trägt den Beschlussvorschlag des Fachausschusses und des Verwaltungsausschusses vor.

RM Eggerichs, Vorsitzender des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, stellt die finanzielle Situation der Stadt Schortens anhand von Zahlen dar. Er führt aus, dass die Ausgaben im Ergebnishaushalt über 28,8 Millionen Euro betragen und die Einnahmen 27,3 Millionen Euro und sich daraus eine Unterdeckung von 1,5 Millionen Euro ergibt.

Der Anteil an der Einkommenssteuer und die Schlüsselzuweisungen betragen im Rechnungsergebnis des Jahres 2011 16 Millionen Euro, im Jahr 2013 werden 18,3 Millionen erwartet, was ein Plus von 2,3 Millionen bedeute. Im gleichen Zeitraum werden die Personalkosten und die Kreisumlage um 2 Millionen steigen. Die Mehreinnahmen werden daher gerade dazu ausreichen, die Mehrausgaben der beiden höchsten Positionen „Kreisumlage“ und „Personalkosten“ decken zu können. Insgesamt bestehe dort ein Plus von 100.000 Euro, da die Steuern 100.000 Euro mehr einbringen als die bereits genannten Positionen.

Zum Investitionshaushalt führt er aus, dass zur Finanzierung der Investitionen eine Kreditaufnahme von ca. 7,3 Millionen Euro erforderlich sein wird. Bei einer Tilgung von 0,83 Millionen werde die Neuverschuldung 6,5 Millionen betragen. Somit könnten die langfristigen Schulden am Ende des Jahres 2013 bei 20,5 Millionen liegen. Also ein möglicher Anstieg von etwa 8 Millionen innerhalb zweier Jahre, was einer „Pro Kopf-Verschuldung“ von vermutlich knapp unter 1.000 Euro entspricht.

Wichtige Investitionen seien das Aqua-Toll mit einem Kostenvolumen von 6 Millionen Euro, der Straßenbau Kreuzweg Ost mit 250.000 Euro, die Umlegung der Kreisstraße 95 mit 200.000 Euro, die Umgestaltung des Nordfrost-Rings mit 198.000 Euro und der Erwerb des Feuerlöschfahrzeuges für die Ortswehr Accum für 100.000 Euro.

Abschließend dankt er den Fachausschüssen sowie der Verwaltung, die dazu beigetragen haben, dass der Haushalt 2013 nahezu fristgerecht verabschiedet werden kann.

RM Freygang erklärt, dass der Haushalt 2013 von der Sanierung und der Attraktivitätssteigerung des Freizeitbades Aqua-Toll geprägt ist. Der gesamte Haushalt werde durch die hierfür notwendigen Mittel in Höhe von 6 Millionen überlagert, so dass auch die Haushaltsberatungen in den einzelnen Fachausschüssen von diesem Thema geprägt waren. So sei es erforderlich gewesen, geplante Investitionen in anderen Bereichen zurückzustellen oder zu streichen. Dies sei für die Beteiligten sehr schmerzlich, für diesen Haushalt jedoch notwendig gewesen. Besonders in diesem Jahr haben die Fachausschüsse aus Sicht der CDU-Fraktion hierzu eine hervorragende Arbeit abgeliefert.

Die CDU habe auch in diesem Jahr wieder eine Menge Ziele mit einem Einsparvolumen von rund 350.000 Euro eingebracht. Eines dieser Ziele sei die „Schaffung von zentrumsnahem Wohnraum“- z. B. durch die Reduzierung von Spielplätzen und Verkauf als Bauplätze. Nächstes großes Ziel sei die „Erhöhung des Kostendeckungsgrades der Einrichtungen um 5 % im Jahr 2014 gegenüber dem Jahr 2012“. Wichtige Ziele seien zudem die „Rückführung des Defizites im

Ergebnishaushalt auf Null in den nächsten 5 Jahren“ – jedoch mit Ausnahme von Investitionen, die zur Ertragsverbesserung führen - und die „Reduzierung des Personalkostenanteils auf unter 25 % des Gesamtetats bis zum Jahr 2018“. Dieses seien ambitionierte Ziele, die zur mittelfristigen Konsolidierung des Haushaltes beitragen werden.

Die gute Infrastruktur, die gemeinsam in den letzten Jahren geschaffen wurde, solle erhalten bleiben. Als einige Beispiele hierfür nennt er das Jugendzentrum, den Streetworker, die Kinderbetreuung, die Einrichtung von Ganztagschulen und die Familienbetreuung. Aus Sicht der CDU-Fraktion werden diese „weichen Faktoren“ auch in Zukunft dazu führen, dass Bürger ihren Wohnsitz in der Stadt Schortens nehmen. Die Stadt sei hiermit gut aufgestellt, um den erwarteten Zuwachs von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch den erhofften Aufschwung beim JadeWeserPort und u. a. der Lebensmittelfabrik in Roffhausen zu begegnen. Es gebe für diesen Haushalt nur eine Linie, und zwar ihn zu genehmigen. Wer diesen Haushalt ablehnt, der spreche für die Schließung oder den Abriss des Freizeitbades Aqua-Toll. Das wolle die CDU nicht für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Schortens, des Landkreises Friesland sowie anderer Umlandgemeinden und natürlich auch nicht für den Tourismus. Abschließend teilt RM Freygang mit, dass die CDU-Fraktion dem Haushalt 2013 zustimmen wird.

RM Just teilt die Auffassung des RM Freygang nicht, dass sich Mitglieder des Rates, die dem Haushalt nicht zustimmen, gleichzeitig gegen die Sanierung und die Erweiterung des Freizeitbades Aqua-Toll aussprechen. Auch sei es nicht richtig, dass der gesamte Haushalt durch diese Maßnahme überlagert wird.

Diese Investitionen würden lediglich andere Investitionen ausschließen, und zwar aufgrund der Aussage der Kommunalaufsicht, wonach eine Neuverschuldung auf 20 Millionen Euro schon zu hoch sei. Dies habe zur Folge, dass andere vorgesehene Investitionen, u. a. im Bereich der Sportplätze, nicht durchgeführt werden können. Die Investitionen für das Aqua-Toll würden daher lediglich den investiven Teil des Haushaltes überlagern.

Die Mehrbelastung für den Ergebnishaushalt sei nicht nur Null, wahrscheinlich werde dieser durch diese Investition die nächsten 15 bis 20 Jahre sogar entlastet, da sich die Unterhaltungskosten des Bades nach der Sanierung im Vergleich zu den vergangenen Jahren - als es in einem sanierungsbedürftigen Zustand war - verringern würden. Da der Haushalt durch diese Investition entlastet wird, spricht sich die BfB/UWG-Gruppe für die Sanierung des Freizeitbades Aqua-Toll und die Erweiterung um den Saunabereich aus.

Weiter führt RM Just aus, dass die Gruppe dem übrigen Haushalt nicht zustimmen wird. Er begründet diese Entscheidung mit der aus Sicht seiner Gruppe verfehlten Ausgabenpolitik der vergangenen Jahre. In den letzten Jahren habe ein Haushaltsdefizit von 700.000 Euro bestanden, inzwischen sei die Stadt bei einem laufenden Defizit von 1,4 Millionen angelangt, das in 2015/2016 2,1 Millionen betragen wird, was

eine Verdreifachung des laufenden Defizits darstellt. Dies stellt für RM Just neben der Explosion der langfristigen Schulden – die jahrelang bei 10 bis 11 Millionen Euro lagen, inzwischen bei 14 Millionen angelangt sind und in den folgenden Jahren sogar noch ansteigen sollen auf 20 bis 24 Millionen - das Hauptproblem dar.

RM Just stellt daraufhin die finanzielle Situation der Stadt Schortens im Vergleich zu den anderen kreisangehörigen Städten und Gemeinden im Landkreis Friesland dar. Lediglich bei der Stadt Schortens bestünden sowohl Probleme im laufenden Haushalt als auch bei den langfristigen Schulden. Dieses könne jedoch nicht nur auf die Einbrüche bei den Einnahmen zurückgeführt werden. Seit 2006 seien die Einnahmen der Stadt aus den Hauptposten „Gewerbsteuer“, „Grundsteuer“, „Schlüsselzuweisungen vom Land“ und „Einkommensteueranteil vom Bund“ stets gestiegen, im Schnitt um 1 Million Euro. Dennoch habe man es trotz stetig steigender Einnahmeverbesserung geschafft, das laufende Defizit erst zu erzeugen, dann zu verdoppeln und die nächsten Jahre perspektivisch sogar zu verdreifachen. Grund dafür seien die von RM Freygang angesprochenen Positionen, an denen unbedingt festgehalten werden soll.

Solange man an diesen Positionen festhalte, könne das Ziel „Senkung der Personalkostenquote von über 30 % auf 25 % ab 2018“ jedoch nicht erreicht werden, da dieses laufende Defizit - welches sich jetzt auf 1,4 Millionen beläuft und in Zukunft bei 2,1 Millionen Euro liegen wird - vor allem aufgrund der Steigerung der Personalausgaben entstanden sei. Hierzu erläutert er die Entwicklung der Personalausgaben in den vergangenen vier Jahren. Die derzeitige Personalquote der Stadt Schortens betrage 30 %, wonach gemäß Auskunft der Kommunalaufsicht eine Quote von 20 % bis 22,5 % akzeptabel wäre. Der Landkreis habe aber nicht nur gesagt, was akzeptabel sei, sondern er habe der Stadt die Reduzierung der Personalquote als Vorgabe bzw. sogar Bedingung auferlegt für die Durchführung der Sanierung des Freizeitbades Aqua-Toll. Für 2013 sei aber keine Senkung der Personalkosten geplant, sondern ein Rekordanstieg um 10 %, um 866.000 Euro. Ziel der BfB/UWG-Gruppe sei es, mit der Senkung der Personalkosten jetzt anzufangen und diese vor einer Senkung nicht auch noch zu erhöhen.

Die Personalkostensteigerung sei nicht nur auf die Tarifierhöhung von 2,5 %, zurückzuführen. Die Steigerung in Höhe von 10 % im kommenden Jahr werde zu 7,5 % durch Neueinstellungen verursacht. Damit verletze man auch eine zweite Vorgabe des Landkreises. Dieser habe neben einer Senkung der Personalkosten auch gefordert, keine Neueinstellungen zu tätigen, sofern keine Einsparungen an anderer Stelle erfolgen.

Aufgrund der Rekordsteigerung bei den Personalausgaben um 10 %, der zweifachen Verletzung der Vorgabe der Kommunalaufsicht und aufgrund der Erhöhungen der Gewerbe- und der Grundsteuer lehne die BfB/UWG-Gruppe diesen Haushalt ab.

RM von Heynitz erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem vorliegenden Haushalt nicht zustimmen kann. Dieses liege im Prinzip zu 100 % an der hohen Investition für das Freizeitbad Aqua-Toll. Wie bereits in der vorletzten Sitzung dargestellt, gehe seine Fraktion nicht davon aus, dass diese Investition zu einer Entlastung des Haushaltes führt. Seine Fraktion hätte sich andere, kreativere Lösungen gewünscht, die aber mit großer Mehrheit abgelehnt wurden. Aus diesem Grunde vertrete sie nach wie vor die Meinung, dass die Stadt diese 6 Millionen Euro nicht zusätzlich investieren kann.

Ein prognostiziertes Defizit in Höhe von 20,5 Millionen Euro sei einfach zu viel. Selbst die Kommunalaufsicht habe der Stadt eine Menge Auflagen auferlegt. Anhand dieser Auflagen sei erkennbar, dass selbst die Kommunalaufsicht nicht an einen Anstieg der Besucherzahlen glaubt.

Bezug nehmend auf die Ausführungen des RM von Heynitz führt **BM Böhling** aus, dass die Kommunalaufsicht des Landkreises Friesland Bedenken gegen die höhere Verschuldung geäußert hat, jedoch habe sie sich nicht gegen das Konzept für die Sanierung und die Erweiterung des Freizeitbades ausgesprochen. Hinsichtlich der Verschuldung habe sie eine Schmerzgrenze benannt, woraufhin die Verwaltung Gespräche mit dem Landkreis Friesland geführt hat, deren Ergebnisse in den Haushalt eingeflossen sind und die diesen prägen.

Näher geht BM Böhling auf die angesprochene „Personalkostenquote“ ein, die sich aus dem Verhältnis der Personalausgaben zu den Gesamtausgaben der Stadt ergibt. Hierbei sei auch die Höhe der Gesamtausgaben einer Stadt zu betrachten. Die Gesamtausgaben der Stadt Schortens seien weitaus niedriger als im Landesdurchschnitt. Demzufolge sei auch der prozentuale Anteil der Personalausgaben entsprechend höher. Zu den Ursachen der Personalausgaben müsse man aber auch sagen, dass die Stadt Schortens über ein sehr vorbildliches Kinderbetreuungskonzept verfügt und bereits jetzt die ab dem Jahr 2013 geltende gesetzliche Verpflichtung zur Bereitstellung von Krippenplätzen mit einer Quote von mindestens 35 % erfüllt. Die frühzeitige Entscheidung der Ratsgremien, diesen Rechtsanspruch so schnell und so früh wie möglich zu erfüllen, erachtet er als sehr weitsichtig, zumal der Anspruch in Schortens bereits heute erfüllt wird, und zwar mit einer Quote von 42 %. Es sei richtig, dass sich hierdurch für die Stadt im kommenden Jahr eine hohe Personalkostensteigerung ergibt, im übernächsten Jahr jedoch nicht mehr. Die Steigerung der Personalkosten müsse man daher auch in Relation zu den bestehenden Aufgaben betrachten.

Natürlich gebe es im sozialen Bereich freiwillige Aufgaben, die der Rat gemeinsam mit großer Mehrheit beschlossen hat, wie z. B. die Ganztagsbetreuung und die sozialpädagogische Betreuung an den Grundschulen sowie die Nachmittagsbetreuung. Jeder Rat setze sich Schwerpunkte und in Schortens sei in den vergangenen Jahren mit großer Mehrheit die Erreichung einer guten Infrastruktur im Krippenbereich, in den Kindergärten und in den Schulen als Ziel festgelegt worden. Hierauf könne die Stadt stolz sein. Natürlich müsse die weitere finanzielle Entwicklung in den nächsten Jahren besondere

Beachtung finden. Er gehe aber davon aus, dass dieses gemeinsam gelingen wird.

RM Eggerichs erklärt, dass die Höhe des bei der Maßnahme Aqua-Toll sicherlich bestehenden Risikos von jedem unterschiedlich eingeschätzt wird. Zu berücksichtigen sei einerseits die Zinsentwicklung und andererseits die von einigen Ratsmitgliedern gesammelten Erfahrungen während des Umbaus des Dorfgemeinschaftshauses zum Bürgerhaus vor 20 Jahren und des Umbaus vom früheren Hallenbad zum heutigen Aqua-Toll Anfang der 1990er-Jahre.

Beide Maßnahmen seien sicherlich keine Glanzleistung gewesen, weil die Kostenrahmen aufgrund von zusätzlichen, während der Bauphasen geäußerten Wünschen ziemlich deutlich überschritten wurden. Angesichts der heutigen, äußerst angespannten finanziellen Lage könne sich die Stadt solche Überschreitungen des Kostenrahmens nicht leisten. Hauptaufgabe des eingerichteten „Freizeitbad-Ausschuss“ sei es daher, zunächst die Einhaltung des Kostenrahmens von 6 Millionen sicherzustellen. Ausnahmen seien in Absprache mit der Kommunalaufsicht nur möglich, wenn die Stadt Maßnahmen zur Einsparung von Energie erbringt, die zu einer Amortisation während der Niedrigzinsphase führen. Er regt an, eine von der Verwaltung vorgelegte Bauprioritätenliste als Grundlage für zeitliche Verschiebungen von Maßnahmen im Falle einer erforderlichen Überschreitung des Kostenrahmens der Maßnahme Aqua-Toll zu verwenden. Als Risikominderung diene auch die Tilgung vom ersten Tag an. Verstärkte Aufgabe der Verwaltung und des Rates sei es, mittelfristig einen nachhaltigen Ausgleich des Ergebnishaushaltes sicherzustellen und die Neuverschuldung Richtung Null zu mindern. Durch eine Vielzahl von Beschlüssen habe der Rat die Einnahmen bereits erhöht und Ausgaben vermindert. Da Kostensteigerungen in verschiedenen Bereichen jedoch nicht zu verhindern sind, entstehe der Eindruck, man habe nichts erreicht. Abschließend teilt er mit, dass die SPD/FDP-Gruppe dem Haushalt zustimmt. Die Sanierung und Attraktivitätssteigerung des Freizeitbades werde unterstützt verbunden mit der Aufforderung, gemeinsam dafür Sorge zu tragen, die Maßnahme in dem vorgegebenen Kostenrahmen von 6 Millionen durchzuführen, damit auch zukünftige Räte über einen gewissen Spielraum verfügen können.

Näher geht er auf die Entwicklung der Personalkosten ein. Der Anstieg der Lohnkosten sei auf die Tariferhöhung und auf die ganzjährige Öffnung sämtlicher Krippen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen zurückzuführen. Zum Redebeitrag des RM Just führt er aus, dass ein Vergleich der Personalkosten mit anderen Kommunen lediglich dann möglich sei, wenn hierzu vergleichbare Kommunen ausgewählt werden. Eine Senkung der Personalkosten um 30 % sei durch eine Übergabe der kommunalen Kindergärten an einen freien Träger – wie in vielen anderen Kommunen - sicherlich möglich. In diesem Falle würde sich die Summe der Personalkosten im Haushalt verringern. Eine Einsparung auf der Ausgabenseite würde sich jedoch nicht ergeben, da hierfür Zuwendungen an die freien Träger Berücksichtigung finden müssten. Auf der Ausgabenseite würden sich dadurch keine großen Vorteile

ergeben.

RM Homfeldt erklärt, dass der Stellungnahme des Landkreis Friesland zu entnehmen sei, dass das Vorhaben „Aqua-Toll“ aufgrund der Wichtigkeit für den Tourismus, vor allem aber wegen der Bedeutung des Schulschwimmens für den gesamten Landkreis durchaus Unterstützung findet.

Aufgrund der großen sozialen Rolle sei ein zusätzlicher Ausschuss eingerichtet worden, um eine enge Begleitung der Planung und der Ausführung der Arbeiten sowie die damit verbundene Einhaltung des Kostenrahmens durch Rat und Verwaltung sicherzustellen.

Der Rat der Stadt Schortens habe den Mut, in schwierigen Zeiten dieses Geld in die Hand zu nehmen, weil seine Mitglieder daran glauben, dass die Stadt Schortens ein guter Standort und die Perspektive der Stadt und auch des Landkreises Friesland sehr gut ist.

Der Rat leiste sich mit großer Mehrheit ein Kinderbetreuungskonzept, das in der Region seines Gleichen sucht. Der Bürgermeister habe zu Recht darauf hingewiesen, dass die Stadt Schortens diese Kosten für die ausführliche und umfangreiche Kinderbetreuung bereits jetzt im Haushalt berücksichtigt. Dies stehe den anderen Kommunen jedoch noch bevor. Dass Schortens den Rechtsanspruch zur Bereitstellung der Kinderbetreuung schon jetzt erfüllte sei ein wichtiger Punkt, da der Anteil an der Einkommensteuer doppelt so groß sei wie der Anteil Gewerbesteuerereinnahmen. Eine Erhöhung des Einkommensteueranteils könne jedoch nur erreicht werden, wenn gut qualifizierte Menschen mit gut bezahlten Arbeitsplätzen die Stadt Schortens als Wohnsitz wählen. Für diese Menschen müsse ein attraktives Lebens- und Wohnumfeld geschaffen werden, was mit Kosten verbunden ist. Dieses sei in der Tat ein Dilemma, in dem die Stadt steckt, jedoch habe sich der Rat dazu entschieden, in die Stadt zu investieren.

RM Borkenstein schließt sich den Ausführungen des RM Homfeldt zur Stellungnahme des Landkreises an und führt ergänzend aus, dass der vorgelegte Businessplan vom Landkreis akzeptiert wurde.

Die vom RM Just genannten Vorschläge zur Einsparung von Personalkosten beurteilt er sehr kritisch, da diese eine Entlassung von ca. 50 bis 60 Mitarbeiter-/innen entsprechen würde. Eine solche Aussage dürfe nicht im Raum stehen bleiben.

RM Just erklärt, nicht von Entlassungen gesprochen zu haben. Durch ständige Nutzung natürlicher Fluktuation seien beim Personal Einsparungen von jährlich ca. 3,5 % möglich. Sicherlich gebe es noch mehr Möglichkeiten.

Die Gruppe unterstütze das Ziel „Senkung der Personalkostenquote“, jedoch sollte damit nicht erst im Jahr 2018, sondern schon jetzt begonnen werden. Bezug nehmend auf die Ausführungen des Bürgermeisters zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben für die

Kinderbetreuung und die damit verbundenen Personalkosten führt er aus, dass die Stadt nicht nur die gesetzlichen Anforderungen in Höhe von 35 %, sondern 42 % erfüllt. Seine Gruppe würde eine Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben unterstützen, ein Problem sehe sie jedoch in der Übererfüllung, die etwa 1,3 Millionen Euro zusätzliche Kosten bedingt, die sich die Stadt nicht leisten könne. Gleiches gelte für die Jugendwerkstatt, deren Trägerschaft ab Januar 2013 auf den Landkreis übergeht, und das Zentrum für Kinder, Jugendliche und Familien. Hierzu erläutert er die Kostensituationen. Diese ständige Übererfüllung unterstütze seine Gruppe nicht.

RM Kloß betont, dass sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht gegen das Aqua-Toll, sondern die Art und Weise der Investition ausspricht.

Die Ausführungen des Landrates seien unterschiedlich interpretiert worden. Richtig sei, dass sich die Kommunalaufsicht nicht in die Selbstverwaltung der Kommunen einschaltet und die Verantwortung bei der Stadt liege, jedoch sollten bestimmte Signale gedeutet werden.

BM Böhling führt aus, dass durch die Darstellungen des RM Just der Eindruck entstehe, die Stadt beschäftige zu viele Mitarbeiter/-innen. Jedoch sei dem Bericht der Niedersächsischen Kommunalprüfungsanstalt zu entnehmen, dass die Kernverwaltung in Schortens weit unter Durchschnitt besetzt ist.

RM Eggerichs bezieht sich auf die Ausführungen des RM Just und weist u. a. darauf hin, dass den Ausgaben für die Kinderbetreuung auch Einnahmen in Form von Gebühren gegenüberstehen. Hinsichtlich der Diskussion zur Personalkostenquote gibt er zu bedenken, dass es sich bei der Stadt Schortens nicht um einen produzierenden Betrieb handelt, in dem sich die Beschäftigtenanzahl nach der Auftragslage richtet. Die Zahl der Beschäftigten einer Stadt richte sich nach den Aufgaben, die sie für ihre Bürger/-innen zu erfüllen hat. Die Beschäftigtenzahl könne daher nicht ohne weiteres im Rahmen der Fluktuation reduziert werden, da eine Wiederbesetzung für die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Aufgabenerfüllung grundsätzlich erforderlich sei.

RM Homfeldt weist darauf hin, dass das Ziel „Senkung der Personalkostenquote auf 25 % des Gesamtbudgets“ nicht ab, sondern bis 2018 umgesetzt werden soll. Er gibt zu bedenken, dass es sich bei der Verwaltung mit rund 270 Mitarbeitern/-innen um ein relativ großes Unternehmen handelt und Veränderungen daher einen gewissen Zeitraum in Anspruch nehmen.

RM Ostendorf führt aus, dass das Ziel der CDU-Fraktion, die Personalkostenquote in den nächsten 5 Jahren auf 25 % zu senken, eine Senkung der Personalkosten innerhalb dieses Zeitraumes um 15 % bedeute, was einer Anzahl von 40 Mitarbeitern entspricht. Dieses Ziel könne nur durch Fluktuation erreicht werden. Die BfB/UWG-Gruppe möchte nicht, dass dies unbedingt zu Kündigungen führt. Jedoch müsse auch die Tarifsteigerung in den nächsten 5 Jahren

Berücksichtigung finden, so dass es nicht bei einer Quote von 15 % bleiben könne, vielmehr sei eine Senkung um 20 % notwendig.

RM Labeschautzki bezieht sich auf die Aussagen der BfB/UWG-Gruppe zur Personalkostenquote und regt an, Überlegungen hinsichtlich einer Steigerung der Einnahmen anzustellen. Der Rat habe sich mit großer Mehrheit das Ziel gesetzt, die Stadt Schortens als Wohnsitz für junge Familien attraktiv zu machen, was eine gute Kinderbetreuung einschließt.

RV Fischer lässt anschließend über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag abstimmen:

- 1. Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Schortens sowie der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 werden beschlossen.**
- 2. Das dem Originalprotokoll im Original beigefügte Investitionsprogramm 2013-2016 wird beschlossen.**
- 3. Das dem Originalprotokoll im Original beigefügte Haushaltssicherungskonzept 2013 wird beschlossen.**

Der Beschlussvorschlag wird bei 24 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen beschlossen. Die Mitglieder der BfB/UWG-Gruppe und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben gegen den Beschlussvorschlag gestimmt.

8. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 27.11.2012

- 8.1. Antrag des RM Kindo vom 06.11.2012 auf Beitritt zur Kampagne "Vermögenssteuer jetzt" **AN-Nr: 11/0060**

RM Homfeldt beantragt „Nichtbehandlung“ aufgrund der Abwesenheit von Frau Kindo.

RM Borkenstein spricht sich gegen eine Vertagung des Antrages aus, da dieser ansonsten in der nächsten Sitzung erneut zur Beratung vorgelegt wird. Er bemängelt, dass wiederholt Anträge vom RM Kindo vorgelegt, diese jedoch von ihr aufgrund von Abwesenheit oftmals nicht begründet werden. Zudem handele es sich u. a. um Anträge, die nicht in den Zuständigkeitsbereich der Stadt gehören. Dieses treffe auch auf den heute zur Beratung vorgelegten Antrag zu.

RM Homfeldt schließt sich den Ausführungen des RM Borkenstein an und zieht den Antrag zurück.

RV Fischer lässt anschließend über den Antrag des RM Kindo auf Beitritt zur Kampagne „Vermögenssteuer jetzt“ abstimmen.

Der Antrag wird bei 4 Ja-Stimmen abgelehnt

9. Vorlage des Planungsausschusses vom 28.11.2012

9.1. Bebauungsplan Nr. 108 "Am Freibad/West" **SV-Nr. 11//0494**

BOAR Kramer trägt den Beschlussvorschlag vor. Anschließend lässt RV Fischer über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag abstimmen.

Die Abwägungsvorschläge werden im Wortlaut der Ziffern 1-10 beschlossen.

Beschlossen werden der Bebauungsplan Nr. 108 „Am Freibad/West“ als Satzung und die Begründung.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen

10. Vorlagen des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses vom 29.11.2012

10.1. Änderung der Entgeltordnung für den Bereich der Kindertagesstätten sowie Einführung einer Entgeltordnung für den Krippenbereich ab 01.08.2013 **SV-Nr. 11//0501**

StD Müller trägt den Beschlussvorschlag des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses und des Verwaltungsausschusses vor.

RM Riemer, Vorsitzende des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses, führt aus, dass es sich der Ausschuss nicht leicht gemacht hat. Die Stadt Schortens verfüge über ein phantastisches, wegweisendes Kinderbetreuungskonzept. Die Qualität habe aber auch ihren Preis. Dies sei jahrelang ignoriert worden, seit dem Jahr 1996 sei keine Erhöhung vorgenommen worden. Inzwischen seien die Personalkosten gestiegen. Die Stadt leiste sich eine Drittkraft in den Krippen und vieles mehr. Von ihrem Anspruch auf Kostenübernahme von 1/3 durch das Land, 1/3 durch die Eltern und nur 1/3 durch die Kommune sei die Stadt weit entfernt. Der kommunale Anteil betrage 60 %, wovon die Eltern lediglich 18 % tragen. Dies sei zu viel für die Kommune. Aus diesem Grund sei die erste Gebührenerhöhung seit dem Jahr 1996 ins Auge gefasst worden, der im Schul-, Jugend- und Sozialausschuss einstimmig zugestimmt wurde. Sie bittet die Ratskolleginnen und -kollegen um Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

RM Just beantragt eine getrennte Abstimmung über die Gebührenerhöhung für die Kindertagesstätten und für den Krippenbereich. Der Gebührenerhöhung für die Kindertagesstätten könne er zustimmen, der Gebührenerhöhung für den Krippenbereich nicht.

Er bemängelt die Durchführung der Art und Weise, mit der den Eltern eine zusätzliche Gebührenerhöhung im Krippenbereich von 30 %

aufgelegt wird. Vielmehr solle den Eltern im Rahmen einer Mehrheitsabstimmung in den einzelnen Einrichtungen die Wahlmöglichkeit zwischen dem Einsatz einer Drittkraft und einer damit verbundenen Beitragserhöhung um 30 % und einem Verzicht auf diese Kraft eingeräumt werden.

RM Ottens spricht sich gegen eine getrennte Abstimmung aus, zumal der Beschlussempfehlung im Fachausschuss einstimmig zugestimmt wurde.

RV Fischer lässt anschließend über den Antrag des RM Just auf getrennte Abstimmung abstimmen.

Der Antrag wird bei 3 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Im Anschluss lässt **RV Fischer** über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag abstimmen:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Änderung der Entgeltordnung über die Erhebung von Entgelten für die Inanspruchnahme der Kindertagesstätten sowie die Entgeltordnung über die Erhebung von Entgelten für die Inanspruchnahme von Krippenplätzen in den Kindertagesstätten ab 01.08.2013 werden beschlossen.

Ferner ist das Einvernehmen mit den Gremien der ev.-luth. Kirchengemeinde Schortens und der kath. Kirchengemeinde „St. Josef“ Schortens herzustellen, damit die dortigen Gebührensatzungen zum 01.08.2013 entsprechend angepasst werden.

Der Beschlussvorschlag wird bei 1 Gegenstimme und 1 Stimmenthaltung beschlossen.

10.2. Änderung der Entgeltordnung für die Randbetreuung an Grundschulen ab 01.08.2013 **SV-Nr. 11//0504**

StD Müller trägt den Beschlussvorschlag des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses und des Verwaltungsausschusses vor.

RM Riemer, Vorsitzende des Schul-, Jugend und Sozialausschusses, erklärt, dass sich die Entgelte für die Randbetreuung nach den Entgelten für die Kindertagesstätten richten. Der zuvor gefasste Beschluss zieht daher auch eine Erhöhung dieses Entgeltes nach sich.

Anschließend lässt RV Fischer über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag abstimmen:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Änderung der Entgeltordnung über die Erhebung von Entgelten für die

Inanspruchnahme der Randbetreuung an Grundschulen ab 01.08.2013 wird beschlossen.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

11. Vorlagen des Bau- und Umweltausschusses vom 05.12.2012

- 11.1. 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) **SV-Nr. 11//0507**

BOAR Kramer trägt den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag des Bau- und Umweltausschusses und des Verwaltungsausschusses vor:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte 9.Satzung zur Änderung der Satzung über die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 02.07.1998, zuletzt geändert am 21.09.2011, wird beschlossen.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

- 11.2. Vorstellung des Abschlussberichtes zu den Klimaschutzteilkonzepten für die Stadt Schortens **SV-Nr. 11//0508**

BOAR Kramer trägt den Beschlussvorschlag des Bau- und Umweltausschusses und des Verwaltungsausschusses vor.

RM Just erklärt, dass die BfB/UWG-Gruppe das Klimaschutzkonzept aus verschiedenen Gründen ablehnt. Die BfB-Fraktion spreche sich nach wie vor aus Landschaftsgesichtspunkten gegen Planungen für weitere Windparks und höhere Windräder aus. Überwiegend der Stadtteil Accum sei geradezu umzingelt und dadurch beeinträchtigt.

Aus Sicht der Gruppe werde in diese Sache zu viel Geld gesteckt bzw. vom Stromverbraucher für die zu teure Energieproduktion zu viel Geld abgezogen. Seine Kritik beziehe sich aber auch auf die Durchführung der Energiewende in Deutschland insgesamt, bei der die Produktionsseite im Vordergrund stehe. Dieses sei falsch und ineffektiv. Eine wirkliche Energiewende setze in erster Linie auf Einsparung von Energie, die automatisch auch eine Senkung der Belastung für die Bürger zur Folge hätte. Hierum handele es sich jedoch bei der bundesweiten Energiewende und auch dem heute vorgelegten Konzept nicht. Vielmehr sei hier der Wert auf mehr Windräder und auf mehr Solardächer gelegt worden.

Das Konzept müsse vielmehr darauf abzielen, die Bürger bei der Einsparung von Energie zu unterstützen, z. B. bei der Auswahl von Energieanbietern, bzw. sie in die finanzielle Lage zu versetzen, ihre Häuser vernünftig dämmen zu können.

RM Borkenstein teilt mit, dass die SPD-FDP-Gruppe dem Beschlussvorschlag zustimmen wird. Bezug nehmend auf den Redebeitrag des RM Just führt er aus, dass man die Themen „Potenzialstudie“ und „Klimakonzept“ grundsätzlich trennen sollte.

RM Kloß erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Klimaschutzkonzept zustimmen wird.

RV Fischer lässt anschließend über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag abstimmen.

Die Klimaschutzziele aus dem Abschlussbericht der Teilkonzepte werden für Schortens zustimmend anerkannt und die Maßnahmenvorschläge sukzessive - abgestimmt auf die Haushaltslage der Stadt Schortens - umgesetzt.

Die Verwaltung wird wiederkehrend - jeweils zur Jahresmitte - zur bevorstehenden Haushaltsberatung, Maßnahmenvorschläge aus den Teilkonzepten zur Diskussion und zur Entscheidung für das darauf folgende Haushaltsjahr vorschlagen. Gleichzeitig wird jährlich ein öffentlicher Sachstandsbericht vorbereitet, der den Fortgang der Umsetzung darstellt, neue oder ergänzende Vorschläge können jederzeit in die Diskussion mit einfließen.

Für die fachlich-inhaltliche Unterstützung bei der Umsetzung von den Maßnahmen, im Teilkonzept „Klimaschutz in eigenen Liegenschaften“ und hier besonders für die Umsetzung der Maßnahmen, die die energetische Sanierung des Schwimmbades der Stadt Schortens - "Aqua-Toll“ betreffen, wird eine Koordinationsstelle in der Verwaltung eingerichtet.

Hierzu erfolgt eine Beantragung einer zentralen Verantwortlichkeit/ Koordinationsstelle für Energie-/Klimaschutzaktivitäten. Der Personalkostenzuschuss soll 65% betragen und ist auf zwei Jahre begrenzt.

Als Rahmenbedingungen für die Besetzung der Stelle ist festzulegen:

Zeitraum der Förderantragsstellung ist ab Januar 2013 ganzjährig. Der Beschluss Umsetzung der Klimaschutzteilkonzepte durch den Rat der Stadt Schortens.

Eine Sondermaßnahme ist eine Beantragung der Förderung einer energetischen Sanierungsmaßnahme (Projekt AquaToll) mit einer maximalen 50% Bezuschussung (max. 250.000 € Zuwendung), Ziel ist dafür eine 80% Emissionsreduzierung der technischen Anlage.

Der Beschlussvorschlag wird bei 5 Nein-Stimmen beschlossen. Die Mitglieder der BfB/UWG-Gruppe haben gegen den Beschlussvorschlag gestimmt.

12. Vorlagen des Ausschusses für Sport, Kultur und Tourismus vom 06.12.2012

- 12.1. Änderung der Vereinsförderrichtlinien (hier: Reduzierung der Zuschüsse für Fahrten/Freizeiten) **SV-Nr. 11//0514**
StD Müller trägt den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Sport, Kultur und Tourismus und des Verwaltungsausschusses vor.

RM Krüger, Vorsitzende des Ausschusses für Sport, Kultur und Tourismus, teilt mit, dass der Fachausschuss dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt hat.

RV Fischer lässt anschließend über den nachfolgenden aufgeführten Beschlussvorschlag abstimmen.

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügten Zuschüsse für Fahrten/Freizeiten im Rahmen der Vereinsförderrichtlinien werden zum 1. Januar 2013 beschlossen. Die Beträge der Richtlinien werden entsprechend geändert. Der Gesamtzuschuss soll seitens des Vereins vorwiegend zur Förderung/Unterstützung für Kinder aus sozial schwachen Familien verwendet werden.

Dieser Beschlussvorschlag wird bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen.

- 12.2. Erhöhung der Entgelte für die Stadtbücherei Schortens
SV-Nr. 11//0513

StD Müller trägt den nachfolgenden aufgeführten Beschlussvorschlag des Ausschusses für Sport, Kultur und Tourismus und des Verwaltungsausschusses vor.

RM Krüger, Vorsitzende des Ausschusses für Sport, Kultur und Tourismus, teilt mit, dass der Fachausschuss dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt hat.

RV Fischer lässt anschließend über den nachfolgenden aufgeführten Beschlussvorschlag abstimmen.

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügten Entgelte für die Stadtbücherei Schortens werden mit den Änderungen gemäß der Beratung im Fachausschuss zum 01. Januar 2013 beschlossen. Die Beträge in der Benutzungs- und Entgeltordnung werden entsprechend geändert.

Dieser Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

13. Vorlagen des Verwaltungsausschusses vom 12.12.2012

- 13.1. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Schortens

13.1.1. Änderung der Vertretung des Bürgermeisters **SV-Nr. 11//0524**

StD Müller trägt den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vor:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte 3. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Schortens wird beschlossen.

Dieser Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

13.1.2. Mögliche Delegation von Entscheidungsbefugnissen auf die Fachausschüsse **SV-Nr. 11//0535**

StD Müller trägt den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vor:

§ 7 der Hauptsatzung der Stadt Schortens wird durch einen neuen folgenden Absatz 3 ergänzt:

Die Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses wird nach § 76 Abs. 3 Satz 1 NKomVG für folgende Angelegenheiten auf die jeweiligen Fachausschüsse übertragen:

- 1. Kenntnisnahmen aufgrund von Berichtsvorlagen.**
- 2. Prüfaufträge an die Verwaltung, die sich direkt aus der Fachausschussberatung ergeben.**
- 3. Beschlussfassung über Zuschussanträge im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel.**
- 4. Ehrungsvorschläge für die Sportlerehrung lt. Richtlinien an den Ausschuss für Sport, Kultur und Tourismus.**
- 5. Aufstellungsbeschlüsse nach § 2 BauGB für Bebauungspläne an den Planungsausschuss.**
- 6. Abschluss von Pachtverträgen zu städtischen Einrichtungen, sofern die Beratung in einem Fachausschuss stattfindet (z.B. Gastronomiebetriebe).**
- 7. Entscheidungen über Öffnungszeiten und Veranstaltungsangebote für das Freizeitbad Aqua Toll, die Verpachtung der dortigen Gastronomie u. ä. sowie Aufträge im Rahmen der Gesamtanierung des Bades im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel an den Freizeitbad-Ausschuss.**

Dieser Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

13.2. Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung der Stadt Schortens **SV-Nr. 11//0528**

StD Müller trägt den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vor:

BM Böhling berichtet über Vergleichszahlen der Aufwandsentschädigung innerhalb des Landkreises. In den anderen Städten sind überwiegend zwei Stellvertreter oder Stellvertreterinnen eingesetzt. Bei vergleichbaren Städten liege der Aufwand für zwei Vertreter bei 400 bis 500 Euro monatlich und darüber hinaus.

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte 1. Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung der Stadt Schortens wird beschlossen.

Dieser Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

- 13.3. Benennung der hinzugewählten Mitglieder für den Schul-, Jugend- und Sozialausschuss **SV-Nr. 11//0529**

StD Müller trägt den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vor.

Für den Schul-, Jugend- und Sozialausschuss werden gemäß § 71 Abs. 7 NKomVG folgende hinzugewählte Mitglieder benannt:

Stimmberechtigtes Mitglied als ElternvertreterInnen des Stadtelternrates der Schulen wird Sabine Bolsen-Borree, Stellvertreterin Susanne Schneider.

Beratendes Mitglied als ElternvertreterInnen des Stadtelternrates der Kindertagesstätten wird Gunnar Voß, erste Stellvertreterin Sandra Bülls sowie als zweite Stellvertreterin Katrin Willms.

Die Änderungen werden so festgestellt.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

- 13.4. Neufassung der Straßenreinigungssatzung der Stadt Schortens **SV-Nr. 11//0530**

StA Hinrichs trägt den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vor:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Straßenreinigungssatzung der Stadt Schortens wird beschlossen.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

- 13.5. Neufassung der Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Schortens **SV-Nr. 11//0531**

StA Hinrichs trägt den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag

des Verwaltungsausschusses vor:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Schortens wird beschlossen.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

- 13.6. Aufhebung der Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen an Sonntagen **SV-Nr. 11//0532**

StA Hinrichs trägt den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vor:

Die Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen an Sonntagen vom 26.04.1988 wird aufgehoben.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

- 13.7. Aufhebung der Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen aus Anlass des Frühlingsfestes und Adventsmarktes **SV-Nr. 11//0533**

StA Hinrichs trägt den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vor:

Die Verordnung der Stadt Schortens über die Offenhaltung von Verkaufsstellen aus Anlass des Frühlingsfestes und Adventsmarktes vom 07.04.1998 wird aufgehoben.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

- 13.8. Antrag Ratsmitglied Kindo auf Nachbesetzung für den Schul-, Jugend- und Sozialausschuss **AN-Nr: 11/0066**

RM Borkenstein erklärt für sich persönlich, dass er dem Antrag nicht zustimmen wird. Ein Ratsmitglied, das keiner Fraktion oder Gruppe angehört, habe natürlich das Recht, in einem Ausschuss Mitglied zu sein. Weiter führt er aus, dass Frau Kindo in diesem Jahr lediglich an 1/3 der Schul-, Jugend- und Sozialausschuss-Sitzungen teilgenommen hat und die Gründe des Fehlens nicht bekannt sind. Daher hätte er sie heute gern nach den Gründen ihres Antrages auf Mitarbeit in diesem Ausschuss gefragt. Er würde gern mit ihr als Ratsmitglied konstruktiv zusammenarbeiten, die Chance hierzu bestehe aufgrund der häufigen Abwesenheit jedoch nicht.

RM Homfeldt schließt sich persönlich den Worten des RM Borkenstein an und erweitert die Ausführungen um einen Aspekt. In welcher Form ein gewähltes Mitglied eines Parlamentes sein Mandat wahrnimmt,

obliege der eigenen Verantwortung und sei von den anderen zu respektieren. Jedoch sollten sich die Mitglieder des Rates untereinander ernst nehmen und sich gegenseitig Respekt schulden. Das Verhalten des RM Kindo sieht er gegenüber den Wählern als respektlos an, was auch nicht dazu beitrage, Politik in ein besseres Bild zu setzen. Ratsarbeit sei Arbeit und die müsse man auch leisten wollen.

Nach Auffassung von **RM Kloß** gehört eine Diskussion über diese Personalie nicht in den öffentlichen Teil einer Sitzung.

BM Böhling erwidert, dass es sich um eine vom RM Kindo beantragte Ausschussbesetzung und nicht um eine Personalie handelt.

Grundsätzlich sei es so, dass Ausschuss- oder Ratsmitglieder Ansprüche nach dem Kommunalverfassungsgesetz haben und so sei dieser Antrag grundsätzlich auch zu verstehen. Er halte es jedoch für unhöflich, als Antragstellerin unentschuldigt nicht an der Sitzung teilzunehmen und den Antrag damit nicht vorzustellen und zu begründen.

Es bestehe zwar ein Rechtsanspruch auf Besetzung, er persönlich schließe sich jedoch den Ausführungen der Ratsmitglieder Borkenstein und Homfeldt an.

RM Just erklärt, dass Frau Kindo einen Rechtsanspruch besitzt, den man ihr nicht verwehren dürfe. Wenn der Rat die Auffassung vertritt, dass Frau Kindo aufgrund ständigen Fehlens aus dem Rat ausgeschlossen werden sollte, dann müsse man den Schritt gehen. Es gebe also die zwei Möglichkeiten ihr alle zustehenden Rechte einzuräumen oder im Falle einer Verweigerung der Rechte ein entsprechendes Verfahren einzuleiten. Wegen des bestehenden Rechtsanspruches unterstützt er den Antrag.

Nach Ansicht des **RM von Heynitz** sollte Frau Kindo der Rechtsanspruch nicht verwehrt werden. Dem Antrag werde er daher zustimmen.

RM Labeschautzki erklärt, dass er den Antrag ablehnen wird. Frau Kindo habe mehrfach gefehlt. Er gibt zu bedenken, dass Ratsmitglieder für ihre Ratstätigkeit eine Aufwandsentschädigung erhalten und er daher das Fehlen des Ratsmitgliedes Kindo nicht tolerieren könne.

RM Just bezeichnet das Verhalten seiner Vorredner als unsauber und nicht korrekt. Es sei richtig, dass Frau Kindo sich nicht korrekt verhält. Aber damit habe sie ihre Rechte nicht verwirkt. Wenn man ihr die Rechte streitig machen wolle, dann müsse das in einem sauberen Verfahren geschehen.

StD Müller erläutert die Rechtslage gemäß dem Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz. Demnach hätte das Ratsmitglied Kindo diesen Antrag in der letzten Sitzung, in der sich der Rat neu konstituierte, stellen können. Da sie das nicht getan hat, ist der Anspruch erloschen. Die Mehrheit des Rates könne ihr das Recht nachträglich einräumen, müsse das aber nicht.

Es folgen weitere Redebeiträge der Ratsmitglieder Just und von Heynitz.

Anschließend lässt **RV Fischer** über den Antrag des RM Kindo auf Nachbesetzung in den Schul- Jugend- und Sozialausschuss abstimmen. Der Antrag wird bei 10 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen abgelehnt.

14. Anfragen und Anregungen:

- 14.1. RM Buß erkundigt sich, ob seine Feststellung richtig sei, dass die Schilder der Abfahrten der B 210 neu den Ortsteil „Sillenstede“ nicht beinhalten und bittet zu prüfen, ob eine entsprechende Ergänzung möglich wäre.

Gleichzeitig bittet er die Möglichkeit zur Aufstellung von Hinweisschildern auf das Naturfreibad, den Campingplatz und – im Anschluss an die Sanierung - auf das Aqua-Toll zu prüfen.

BM Böhling sagt eine Prüfung durch die Verwaltung zu.

- 14.2. RV Fischer dankt der Verwaltung im Namen des Rates für die gute Arbeit im vergangenen Jahr. Ferner spricht er den Ratsmitgliedern seinen Dank für die gute Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr aus, in dem insgesamt 225 Sitzungen der Ratsgremien mit einer durchschnittlichen Dauer von 2 Stunden stattgefunden haben.

Nichtöffentlicher Teil: